

Richard Meng

Zwischenruf: Sympathisch, aber falsch

Wider die naive Verheißung der »direkten Demokratie«

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de



Wo immer die Tagespolitik in Krisen kommt – ein Patentrezept wird meist viel zu gedankenlos empfohlen. Es lautet: mehr direkte Demokratie. Darin zeigt sich auch ein fataler Mangel an Selbstvertrauen derer, die sich tatsächlich noch dauerhaft in der Demokratie engagieren. Aktuell wieder anhand der Debatte über die Zukunft Europas nach dem negativen irischen Bürgervotum.

Volksbegehren, Direktwahlen, Volksentscheide, Wahlrechtsreformen: Die öffentliche Lobby dafür, speziell in den Medien, ist groß. Als Antidemokrat erscheint geradezu, wer dagegen Bedenken hat. Und neben dem Umstand, dass jede – zumal personalisierte – Direktbeteiligung allemal prima zur Logik der Mediengesellschaft passt: Das Beteiligungsproblem in der repräsentativen Demokratie ist ja auch nicht wegzudiskutieren. Viel zu wenige machen kontinuierlich mit. Für viel zu wenige ist organisiertes bürgerschaftliches Engagement heute noch selbstverständlicher Teil des eigenen öffentlichen Lebens. Und dennoch: Die reflexhafte Hoffnung, dass emotional aufgeladene Ja-Nein-Entscheidungen die Demokratiekultur weiter bringen, ist naiv. Im Gegenteil. Sie verstärken das Grundübel Populismus, in der Politik wie in den Medien. Demokratie von unten braucht mehr.

Die Entwicklung in Irland kann man fast schon als klassisch bezeichnen. Ums Detail ging es am Ende niemandem, um Symbolik ging es allen. Ein großzügiger privater Finanzier konnte eine Symbolkampagne Marke »entweder Demokratie oder Europa« hinzaubern, mit der die komplette politische Klasse eines EU-Landes an die Wand gespielt wurde. Weil das Thema – der Vertrag von Lissabon – sachlich und von der Genese her zu komplex ist, als dass dazu in diesem Stadium noch tagesbezogen echte Gestaltungsfreiheit möglich wäre. Weil ehrlicherweise nach einem 27-Nationen-Kompromiss auch niemand mehr sagen konnte, dass er diesen EU-Vertrag rundum gut findet. Weil eine Tiefenströmung im Volksbewusstsein in Zeiten von Globalisierung und Mediengesellschaft ohnehin Demokratie kaum mehr mit aktiver Teilhabe übersetzt – sondern nur noch die gelegentliche Möglichkeit zum Verteilen von Denkkzetteln sucht.

Einladung zu sachfremdem Populismus

Es kann nicht richtig sein, das Volk am Ende über einen Vertrag entscheiden zu lassen, dessen praxisrelevante Teile für die Politikebene Europa eher innerorganisatorischen Charakter haben. Es kann auch nicht richtig sein – wie es prompt im Reflex diskutiert wird –, jetzt über diese minimale, aber im Detail verschachtelte Brüsseler Organisationsreform auch noch alle Völker Europas gleichzeitig abstimmen zu lassen. Welch eine Einladung zum sach-

fremden, nationalistischen Populismus. Denn in Volksentscheiden kann im Bewusstsein der Menschen faktisch doch immer nur eine vereinfachte Globalfrage zur Abstimmung stehen. Nach dieser Logik wäre es bestenfalls noch richtig, direkte Legitimation zu Beginn eines politischen Entscheidungsprozesses (also: über die Ziele) einzuholen statt am Ende über ein juristisches Paragrafenwerk.

Selbst in der Schweiz, wo die Abstimmungskultur über Generationen gewachsen ist, bewähren sich Volksabstimmungen nur, weil der Nationalstaat noch autonom ist und der Föderalismus angesichts der Sprachgrenzen relativ trennscharf funktioniert. In Deutschland gibt es völlig andere Voraussetzungen: repräsentative Parteidemokratie, EU-Integration, Föderalismus ohne hinreichend eindeutige Alleinkompetenzen bei den Ländern. Und letztlich wird die Debatte über Direktabstimmungen gespeist vom wachsenden, aus den Medien aus deren Eigeninteresse heraus oft noch geschürten Misstrauen gegen diese repräsentative Parteidemokratie. Deren Vertreter reagieren verunsichert, als seien sie sich schon selbst nichts mehr wert. Und lassen aus dieser Verunsicherung heraus zum Teil Systemwechsel zu, mit denen sie sich weiter selbst entwerten.

Demokratischwächung im Namen der direkten Demokratie

In Berlin und Hamburg wurden Regelungen über Volksbegehren zugelassen, wonach es Volksabstimmungen geben kann, die rechtlich nur empfehlenden Charakter haben. Das ist demokratiepolitisch ein Unding. Der höchste Souverän, das Volk, kann dann abstimmen – aber es hat nicht das letzte Wort. Das ist Demokratischwächung im Namen der direkten Demokratie. Als es in Berlin im Frühjahr um das Begehren zur Offenhaltung des Stadtflughafens Tempelhofs ging, drohte ein solches

unbindendes Volksvotum. Die Parlamentsmehrheit wäre in eine unsägliche Lage gebracht worden, wäre das Beteiligungsquorum am Ende nicht knapp verfehlt worden und das Begehren damit formal gescheitert. Auch hier galt wieder: Ein Ja-Nein-Event stand am Ende eines jahrzehntelangen, städteplanerisch und juristisch komplexen Entscheidungsprozesses. Statt allenfalls am Anfang (das wäre 1996 gewesen) das Volk zu fragen, welches Flughafenkonzept es will. Und auch hier wieder war viel – diesmal obendrein: anonymes – Kampagnengeld im Spiel.

Direktwahlen oder Wahlrechtsänderungen in Richtung Kumulieren/Panuschieren haben nirgendwo nachweislich zu mehr Partizipationsbereitschaft geführt. Sie haben lediglich mancherorts die Popularisierung der Auseinandersetzung in den Medien erleichtert. Sie haben Personen noch wichtiger erscheinen lassen. Wie logisch aus einer Sicht, die Parteien und Parlamenten generell nichts mehr zutraut.

Es geht um Demokratiefähigkeit

Was außer persönlicher Karriere soll parteipolitisches Engagement noch bringen, wenn die eigentliche Demokratie erst jenseits der Parteien beginnt? Andererseits: Wie vermittelbar ist Politik überhaupt noch in Zeiten der komplexen juristischen Verschränkungen zwischen lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene? Angesichts der langfristigen realen Prozesse – während öffentliche Meinung medial zunehmend rein tagesbezogen entsteht und vergeht. Es geht an dieser Stelle letztlich um Demokratiefähigkeit schlechthin – unterstellt, Demokratie bedeutet, dass alle verstehen, über was sie gerade entscheiden.

Wohl wahr, auch die Repräsentanten in den Parlamenten durchschauen nicht jedes Detail. Aber sie sind verantwortlich zu machen für Fehlentscheidungen. Sie brauchen immerhin im Rhythmus der

Wahlperioden (deren Verlängerung ist insofern demokratiemindernd) Legitimation für die politischen Grundlinien. Aber sie behalten auch die Freiheit und Verantwortung, den Entscheidungsprozess zu begleiten. Sie agieren auf der Zeitachse. Ein Volksvotum zu Einzelfragen oder -personen, meist zudem bei extrem geringer Beteiligung, bleibt ein Schiedsspruch aus einem Momentum, der politischen Abstimmungssekunde heraus.

Kein Grund also, sich immer wieder dorthin treiben zu lassen. Demokratische

Beteiligung ist eben etwas anderes als ein gelegentlicher privatisierter Abstimmungsakt. Zu ihr gehören auch Kontinuität, Organisation, soziale Einmischung im Alltag. Es geht längst darum, wie ernst die Engagierten sich selbst noch nehmen. Und ob sie noch stark genug sind, den demokratischen Grundkonsens an Werten und damit auch die Regeln zu verkörpern, die es für komplexe, prozesshafte Entscheidungen braucht. Dies weiter auszuhöhlen, ist falsch – auch wenn es sympathisch daher kommt.

Frank Decker

»Niedriger hängen«

Das Bundespräsidentenamt im Parteienstreit

Die Nominierung von Gesine Schwan ist bei Union und FDP auf Empörung gestoßen. Doch ist diese Aufregung tatsächlich angebracht? Haben Präsidentenwahlen tatsächlich »Signalfunktion« für die Wahlen zum Bundestag? Die veränderten politischen Parameter im Fünf-Parteien-System erfordern genaue Differenzierung.

Frank Decker

(* 1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2007 erschien im VS Verlag das *Handbuch der deutschen Parteien* (Hg. zus. mit Viola Neu).

frank.decker@uni-bonn.de



Seit 1979 ist es Tradition, die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung am 23. Mai, dem Verfassungstag, vorzunehmen. Im nächsten Jahr, wenn das Grundgesetz 60. Geburtstag feiert, verspricht dieser Tag noch interessanter zu werden als sonst. Nicht nur, dass es zur Neuauflage desselben »Duells« kommt, das mit seinem knappen Ausgang schon 2004 für Spannung gesorgt hat. Noch brisanter ist, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein amtierender Bun-

despräsident der Wiederwahl stellt, der über keine sichere Mehrheit in der Bundesversammlung verfügt. Die überraschende Bewerbung von Gesine Schwan ist bei Union und FDP auf Empörung gestoßen, weil sie Horst Köhler vor eine schwierige Alternative gestellt hat: Sollte er bei einer erneuten Kandidatur das Risiko der Abwahl auf sich nehmen oder es so halten wie Walter Scheel, Roman Herzog oder Johannes Rau, die – unter allerdings viel aussichtsloseren Bedingungen – ihren Verzicht auf eine zweite Amtszeit erklären mussten? Dass sich das Staatsoberhaupt für den riskanten Weg entschieden hat, nötigt Respekt ab.

Im Parteienstreit um die Besetzung des Amtes werden auch diesmal drei Fragen in den Vordergrund rücken, die in ähnlicher Form schon bei früheren Präsidentenwahlen eine Rolle gespielt haben: Ist es ungehörig, einem populären und allseits res-